

Ein geplanter Windpark nahe St. Pölten (NÖ) lässt die Wogen hochgehen.

# Wo der Wind weht



Der Klimawandel schreitet voran. Umweltfreundliche Energieformen wie Wind- und Wasserkraft werden daher ausgebaut. Eine Milliarde Euro pro Jahr nimmt der Staat dafür in die Hand. Doch viele Projekte stoßen auf Widerstand. Drei 230 Meter hohe Windräder in einem Waldstück bei St. Pölten (NÖ) lassen die Menschen um ihr Freizeitgebiet fürchten.

Der Schildberger Wald darf nicht zerstört werden“, sagt Christian Schuhböck von der Umweltorganisation „Alliance for Nature“. Dass dort drei 230 Meter hohe Windräder in den Himmel ragen sollen, ist für ihn ein „Schildbürgerstreich im Schildberger Wald“.

Er liegt in der Nähe der niederösterreichischen Landeshauptstadt St. Pölten und ist mit 550 Hektar rund zwei Mal so groß wie die Wiener Innenstadt. Vor allem in der 5.000 Einwohner-Gemeinde Böheimkirchen, die vom Schildberger Wald umgeben ist, ist das Öko-Projekt umstritten. Befürworter argumentieren, dass der Ort seinen Strombedarf durch den „Windpark Schildberg“ vollständig decken könnte, Gegner sehen ihr Naturjuwel in Gefahr.

## „Gefährdete Vogelarten“

„Der Schildberger Wald mit seinen Eichen- und Buchenbeständen ist ein wichtiges Brut- und Nahrungshabitat für zahlreiche Tierarten“, erklärt Schuhböck, der eine Bürgerinitiative unterstützt. „Hier leben 17 Fledermausarten und mehr als 70 Vogelarten wie der Grauspecht, der Mittelspecht, der Rohrweiher und der

Schwarzstorch. Etliche dieser Vogelarten sind gefährdet und daher streng geschützt.“

Auch das Landschaftsbild sieht Schuhböck in Gefahr. „Die höchste Erhebung im Schildberger Wald ist der Schildberg mit 393 Metern Höhe. Die dort geplanten 230 Meter hohen



Windindustrieanlagen wären noch kilometerweit zu sehen.“ Ein Windrad ist fast doppelt so hoch wie der Wiener Stephansdom.

Zudem verläuft durch das Waldgebiet der beliebte „3-Berge-Wanderweg“. Er müsste auf mehreren Kilometern einer breiten LKW-Straße weichen. Auch um Quellen besteht Sorge, da eine Fläche von rund fünf Hektar gerodet werden soll, so viel

wie sieben Fußballfelder. „Wir dürfen diesen intakten, klimafitten Wald nicht aufgeben“, erklärt Ernst Holovsky von der Bürgerinitiative.

## „Strom für 9.400 Haushalte“

Am Standort Schildberg will die Energieversorgung Niederösterreich (EVN) jedoch festhalten, bekräftigt der Sprecher Stefan Zach. Denn die Windverhältnisse auf dem Berg sind ideal. „Das Jahr hat 8.760 Stunden, rund 2.200 davon, also ein Viertel, sind ‚Vollaststunden‘. Dann bläst der Wind so stark, dass ein Windrad die volle Leistung ins Stromnetz einspeisen kann“, erklärt Zach. „In Summe sollen die drei Windräder eine Leistung von 12,6 Megawatt erbringen und 33 Gigawattstunden Strom pro Jahr produzieren. Das reicht für 9.400 Haushalte.“

Der Umweltschützer Schuhböck warnt jedoch vor weiteren Windrädern. „Wenn die Landschaft bereits durch Windanlagen beeinträchtigt ist, kommt es zu einem Dammbuch, spricht, es werden noch mehr Windräder gebaut.“ Schuhböck erklärt, er sei prinzipiell nicht gegen Windräder, „aber bitte nicht in Wäldern und Schutzgebieten.“

## 1.100 neue Windräder bis 2030

- Rund 1.360 Windräder gibt es in unserem Land.
- Sie leisten rund 3.250 Megawatt und können so bis zu zwei Millionen Haushalte mit Strom versorgen.
- Auf diese Weise wird vier Millionen Tonnen klimaschädliches Kohlenstoffdioxid (CO<sub>2</sub>) eingespart. So viel stoßen 1,7 Millionen Autos jährlich aus.
- Elf Prozent des heimischen Strombedarfes werden aus Windkraft gedeckt, bis 2030 sollen es 26 Prozent sein.
- Rund 1.100 Windräder sollen daher in den kommenden zehn Jahren gebaut werden.
- Die drei Windräder des „Windparks Schildberg“ sollen bis zu 12,6 Megawatt leisten und 33 Gigawattstunden (GWh) Strom pro Jahr produzieren. Das reicht für 9.400 Haushalte.

Negativbeispiele gebe es zuhauf. „Auf der steirischen Stubalpe stehen in einem Schutzgebiet fünf Windräder, 20 weitere sind geplant. Auch im Schutzgebiet Fischbacher Alpen (Stmk.) gibt es ein ähnliches Projekt.“

Schuhböck ist überzeugt, „wenn wir unser Land mit Windanlagen verschandeln, wird vor allem der Tourismus darunter leiden. Und das trifft uns letztlich alle.“ Auch das Argument, dass Gemeinden ihren Strombedarf durch einen Windpark abdecken können, lässt Schuhböck nicht gelten. „Der Strom wird ins europäische Stromnetz eingespeist. Er kann daher auch im Ausland verbraucht werden.“

„Das kommt aber nur in Ausnahmefällen vor“, entgegnet der EVN-Sprecher Zach. „Der Strom wird ins regionale Netz eingespeist und dorthin transportiert, wo er gerade gebraucht wird. In der Regel ist das im Inland.“

Zach hat Verständnis für die Sorgen der Bevölkerung und versucht zu beruhigen. „Der vorgeschriebene

Sie wären nicht die einzigen.

Derzeit gibt es bei uns bereits 1.360 Windräder mit einer Leistung von 3.250 Megawatt. Sie können bis zu zwei Millionen Haushalte mit Strom versorgen. Die meisten Windräder drehen sich in Niederösterreich (rund 750), vor dem Burgenland (rund 450) und der Steiermark mit rund 100 Windrädern. Einzig Salzburg, Tirol und Vorarlberg sind windkraftfrei, weil der politische Wille fehlt.

### Stromverbrauch steigt bis 2030 fast um ein Drittel

Der Sprecher von „Österreichs Energie“, der heimischen Interessensvertretung der E-Wirtschaft, Christian Zwittinig, betont jedoch die Notwendigkeit solcher Anlagen, zumal der Stromverbrauch steigt. „Aktuell verbrauchen wir pro Jahr 74 Terrawattstunden (TWh) Strom, eine Terrawattstunde sind eine Milliarde Kilowattstunden (kWh), bis 2030 werden es etwa 27 Terrawattstunden mehr sein, also um fast ein Drittel.“

Bis 2030 soll der heimische Strom laut Regierung zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien wie Wind- und Wasserkraft kommen.

Heute liegt der Anteil bei rund 75 Prozent. Die Bedingungen dafür schafft das „Erneuerbare Ausbau Gesetz“ (EAG), das demnächst in Kraft tritt.

Pro Jahr fördert der Staat erneuerbare Energien mit einer Milliarde Euro.

Zwittinig rechnet vor, „dass bis 2030 noch rund 1.100 Windräder gebaut werden, rund zwei Millionen Photovoltaikanlagen sowie rund fünf große Wasserkraftwerke. Freilich nicht ohne Widerstand in der Bevölkerung.“

rb



Bürgerprotest gegen den „Windpark Schildberg“.

Mindestabstand von Windrädern zu einem Wohngebiet von 1.200 Metern wird mehr als eingehalten. Auch wird mehr Wald aufgeforstet als gerodet, und zwar im Verhältnis 2:1.“ Zach verweist zudem auf eine breite Zustimmung zum Projekt. „Bei einer Abstimmung in Böheimkirchen sprachen sich fast zwei Drittel (63 Prozent) für den Windpark aus.“ Er wurde vom Land Niederösterreich bereits genehmigt, auch eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) fiel positiv aus. Aufgrund der Beschwerden der Bürgerinitiative ist nun das Bundesverwaltungsgericht am Zug, das entscheidet, ob sich die Rotoren drehen werden.

Christian Schuhböck von „Alliance for Nature“

Christian Schuhböck von „Alliance for Nature“